



Julia Willie Hamburg
Niedersächsische Kultusministerin

Hannover, 10. Oktober 2023

Sehr geehrte Schulleitungen,
liebe Kollegien an den Schulen,
liebe Mitarbeitende in den Schulverwaltungen und dem NLQ,

auch wenn der Sommer uns einen langsamen Abschied gegönnt hat, beginnen in wenigen Tagen die Herbstferien. Damit wartet sowohl auf die Schülerinnen und Schüler als auch auf die Lehrkräfte und alle Mitarbeitenden eine verdiente Atempause. Das möchte ich zum Anlass nehmen, Sie über aktuelle Prozesse und Entwicklungen in der Bildungspolitik zu informieren, aber auch auf die aktuellen Ereignisse in Israel eingehen.

Aus **Israel** erreichen uns aktuell erschütternde Bilder nach dem brutalen und furchtbaren Angriff der Terrororganisation Hamas. Diese Gewalt macht uns alle betroffen und auch meine Gedanken sind bei den dort lebenden Menschen. Dieser Angriff ist aufs Schärfste zu verurteilen. Israel hat in diesen schweren Zeiten unsere volle Solidarität. Auch viele Schülerinnen und Schüler beschäftigen die aktuellen Ereignisse. Ich begrüße und unterstütze es daher ausdrücklich, wenn Sie die aktuellen Entwicklungen in Israel und in den palästinensischen Gebieten sowie die damit verbundenen Ängste und Sorgen tagesaktuell mit den Schülerinnen und Schülern erörtern.

Auch hier in Niedersachsen gibt es jüdische Menschen, die Attacken ausgesetzt sind. Auch diesen gilt unsere volle Solidarität und Unterstützung. Antisemitismus gilt es entschieden entgegenzutreten.

Ganz oben auf der landespolitischen Agenda stehen nach wie vor die **Verbesserung der Unterrichtsversorgung und die Entlastung von Lehrkräften**. Sie alle wissen, dass wir die damit verbundenen Herausforderungen nicht von heute auf morgen und ebenso wenig durch *die eine* Maßnahme lösen können. Vielmehr ist ein Weg der tausend Schritte notwendig, um nachhaltige Verbesserungen zu erreichen. Hierzu haben wir bereits vielfältige Maßnahmen

ergriffen, steuern regelmäßig nach und bringen weitere auf den Weg. Die Erhöhung der Besoldung auf A13 und A10 ist hier der größte finanzielle Schwerpunkt, um den gestiegenen Anforderungen an die Lehrkräfte Rechnung zu tragen und nicht zuletzt auch einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Aber auch darüber hinaus versuchen wir, auf den verschiedensten Ebenen Schritte zu gehen, um Fachkräfte zu gewinnen und zu binden. Einige möchte ich an dieser Stelle beispielhaft nennen:

- Wir arbeiten im Kultusministerium und gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium an Maßnahmen, um Quereinsteigende besser zu qualifizieren sowie die Anerkennung fehlender Leistungen berufsbegleitend nachholen zu können. Hierzu ist in diesem Sommersemester eine berufsbegleitende Qualifizierung für sogenannte Ein-Fach-Lehrkräfte gestartet.
- Mit dem nun in die Umsetzung gebrachten Programm „Stark starten“ wollen wir Berufseinsteigende besser begleiten und damit an den Schulen halten.
- Mit einer Handreichung für Schulleitungen für Gespräche mit Teilzeitkräften zeigen wir zusätzliche Wege auf, welche Angebote Teilzeitkräften unterbreitet werden können, um eine Stundenaufstockung zu ermöglichen.
- Mit zusätzlichem Personal in den regionalen Landesämtern werden wir die Prozesse zur Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse beschleunigen und verbessern.
- Die Stärkung von CARE dient der direkten Intervention, um Lehrkräfte zu begleiten und Vorsorge zu betreiben, damit diese den Beruf nicht krankheitsbedingt verlassen.
- Durch die Verstetigung und Fortführung der Startklar-Stellen, über die ich bereits in meinem vorangegangenen Schreiben vom 17. August 2023 berichtet habe, gehen wir darüber hinaus einen deutlichen Schritt in Richtung Multiprofessionalität, schaffen zusätzliche Ressourcen und entlasten Lehrkräfte.

Über weitere auch grundlegende Maßnahmen beraten wir derzeit gemeinsam mit den Verbänden. Die in den Dialogforen hierzu erörterten Aspekte, Maßnahmen und Hinweise sind Ausgangspunkt für die weitere Bearbeitung, die im Kultusministerium sowie in weiterführenden Arbeitsgruppen unter erneuter Einbindung der Verbände, Gewerkschaften und Interessensvertretungen erfolgt.

Ein weiteres zentrales Thema ist die **Gestaltung von mehr Bildungsgerechtigkeit**. Nach wie vor gibt es eine zu hohe Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Es ist daher gut, dass die Verhandlungen zum Startchancenprogramm konstruktiv und zielorientiert vorangetrieben werden. Damit gibt es erstmals ein gemeinsames Programm von Bund und

Ländern, das Kinder aus bildungsfernen Familien und Schulen in sozial herausfordernder Lage ganz gezielt fördern soll. Dies ist wichtig, denn der Bedarf an unseren Schulen ist riesig. Niedersachsen hat sich mit dem Ausbau der sozialen Arbeit an Schule, dem Aufbau multiprofessioneller Teams und weiteren Maßnahmen in den letzten Jahren hier bereits auf den Weg gemacht. Ebenso werden wir in dieser Legislaturperiode ein Instrument zur sozialdatenbasierten Ressourcensteuerung für Niedersachsens Schulen einführen. Bei der Personalausstattung von Schulen wollen wir künftig Schulen mit besonderen Herausforderungen stärker in den Blick nehmen. Hierzu sollen Daten der Schulstatistik verwendet werden, um einerseits eine zusätzliche Belastung der Schulen zu vermeiden und andererseits eine schulscharfe Auswertung vornehmen zu können – bisher ein Alleinstellungsmerkmal für Niedersachsen. Dass der Bund diese wichtigen Initiativen nun flankieren und stärken will, ist eine gute Nachricht. Jetzt ist wichtig, dass der Bund nach der Einigung der Eckpunkte das Startchancenprogramm mit den Ländern schnell endverhandelt und wir in die Umsetzung gehen können.

Es ist mein Ziel und auch Ziel der gesamten Landesregierung, Lehrkräfte und Schulleitungen von **Verwaltungsaufgaben** zu entlasten. Dazu zählen ebenfalls Aufgaben, die mit der Einhaltung vergaberechtlicher Bestimmungen verbunden sind. Derzeit können Leistungen bis zu einem Auftragswert von 1.000 EUR ohne Umsatzsteuer und ohne ein Vergabeverfahren beschafft werden; wenn der Auftragswert höher ist, ist dies notwendig. Daher prüfen wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium die Anhebung der Direktauftragswertgrenze für Schulen. Damit ist das gemeinsame Anliegen verbunden, die Erhöhung der Wertgrenze so zu bemessen, dass sie zu einer deutlichen Entlastung der Schulen beiträgt.

Gleichwohl bleibt das Vergaberecht für unsere Schulen ein wichtiges Thema. Daher wird zur Unterstützung der Schulen im Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Osnabrück eine Beratungsstelle aufgebaut. Mit ersten Fragen können sich die Schulen bereits jetzt an diese wenden. Darüber hinaus werden Fallbeispiele entwickelt, die den Schulen die Anwendung des Vergaberechts erleichtern sollen.

Orange the world: Unter diesem Motto macht die UN-Kampagne vom Internationalen Tag zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November bis zum 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam. Gerade Schulen sind ein wichtiger Ort, um sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Daher freue ich mich sehr, dass viele Schulen eigene Schulaktionen zu „Orange the World“ organisieren, um auf das Problem der Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen – sei es durch das Aufstellen von

orangenen Bänken, Kunstinstallationen oder andere kreative Projekte. Auch das Kultusministerium wird mit einer eigenen Aktion mitwirken – und auch weitere Schulen können gerne hinzustoßen und eigene Projekte anschieben. All diese Aktionen leisten einen wichtigen Beitrag, für dieses Thema zu sensibilisieren und geschlechtsspezifischer Gewalt entgegenzuwirken. Mehr Infos gibt es unter <https://unwomen.de/orange-the-world-2023/>

Auch an dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich für Ihr persönliches Engagement bedanken. Ich wünsche Ihnen eine gute und erholsame unterrichtsfreie Zeit.

Herzliche Grüße

In Vertretung der Ministerin



Marco Hartrich

Staatssekretär